

«Mehr Lebensräume für Flora und Fauna»

Im Kanton Nidwalden soll das Seeufer an mehreren Stellen naturnaher gemacht werden. Zehn Projekte sollen bis 2040 umgesetzt werden.

Manuel Kaufmann

Der Vierwaldstättersee gehört nicht nur zu den schönsten Seen der Schweiz, er ist auch das Zuhause von zahlreichen Pflanzen und Tieren. Doch von dem rund 150 Kilometer langen Ufer des Alpenrandsees werden zwei Drittel als künstlich, naturfern oder stark beeinträchtigt eingestuft. Bloss ein Drittel des Seeufers gilt als natürlich oder wenig beeinträchtigt. Grund dafür sind Ufermauern, Wohnbauten, Hafenanlagen oder Gewerbeanlagen am Seeufer.

Um dies zu ändern, soll rund ein Viertel der beeinträchtigten Schweizer Seeufer revitalisiert werden. Der Kanton Nidwalden hat nun eine Liste mit Standorten erstellt, bei denen eine Revitalisierung des Ufers des Vierwaldstättersees stattfinden könnte.

Bis Ende 2022 soll die definitive Planung stehen

Seit dem 1. Januar 2011 sind das revidierte eidgenössische Gewässerschutzgesetz und seit dem 1. Juni 2011 die dazugehörige Gewässerschutzverordnung in Kraft. Die neuen Bestimmungen verpflichten die Kantone dazu, in den nächsten 80 Jahren rund ein Viertel der Seeufer zu revitalisieren. In einem ersten Schritt wurden die Kantone damit beauftragt, eine Planung für die nächsten 20 Jahre vorzunehmen und beim Bundesamt für Umwelt einzureichen.

Der Kanton Nidwalden hat den erarbeiteten Planungsbericht nun eingereicht. Bis Ende Sommer 2022 wird dazu eine



Ein gelungenes Beispiel: Das Seeufer vor dem Gemeindehaus Hergiswil wurde bereits revitalisiert.

Bild: PD

Stellungnahme des Bundes erwartet. In der Folge werden allfällige Anträge des Bundes geprüft und in die strategische Planung eingearbeitet. Das Ziel ist es, dem Regierungsrat die definitive Planung der Revitalisierung der Seeufer bis Ende Jahr 2022 zur Genehmigung vorlegen zu können. «Das Amt für Umwelt und das Amt für Gefahrenmanagement haben zusammen mit den Seegemein-

den eine Auswahlliste mit möglichen Projekten erstellt», informiert Landwirtschafts- und Umweltdirektor Joe Christen auf Anfrage.

Harte Uferverbauungen werden zurückgebaut

Vorgängig wurden mit Hilfe von Helikopterflügen Aufnahmen des Seeufers gemacht, um den Zustand der Ufer zu ermitteln. Auf der Liste stehen laut

Christen etwa zehn mögliche Projekte, die bis 2040 umgesetzt werden sollen.

So wird zum Beispiel eine Revitalisierung beim Aawasseregg oder dem Neuseeland in Buochs, beim Seeplätzli in Ennetbürgen oder dem Kurplatz in Hergiswil in Betracht gezogen. «Uns ist wichtig, dass die Gemeinden, die schliesslich für die Projekte verantwortlich sind, auch bei der Planung mitwirken

können», so der FDP-Regierungsrat, der zudem den Vorsitz der Aufsichtskommission Vierwaldstättersee innehat.

Eine Revitalisierung bedeutet, dass harte Uferverbauungen, soweit es die Situation erlaubt, zurückgebaut oder abgeflacht und somit naturnaher gemacht werden. «Wir wollen wieder mehr Lebensräume für Flora und Fauna schaffen. Die Förderung der Biodiversität ist

für uns alle von grosser Bedeutung», so Joe Christen. Zudem biete die Revitalisierung auch Vorteile für die Bevölkerung.

Bei der Garnhänki in Stansstad oder beim Gemeindehaus in Hergiswil fand bereits eine Umgestaltung des Seeufers zu Gunsten der Biodiversität statt. «Bei der Garnhänki in Stansstad wurde ein Spazierweg direkt am Ufer gebaut, und beim Gemeindehaus Hergiswil wurde unter anderem ein kleiner Kiesstrand aufgeschüttet, der Schwimmerinnen und Schwimmer als Zugang zum See dient», fügt Christen an.

Kosten und Nutzen sollen im richtigen Verhältnis sein

Wer über einen privaten Seezugang verfügt, kann diesen auch revitalisieren. Je nach Wichtigkeit des Standorts und Umfang des Projekts können auch für private Projekte kleinere oder höhere Beiträge vom Kanton gesprochen werden. Wer nicht will, muss aber nicht. Christen verspricht: «Wir werden mit Privatpersonen das Gespräch suchen, Eigentumsbeschränkungen wird es aber keine geben.»

Es gebe bereits Bürgerinnen und Bürger, die auf freiwilliger Basis für eine Revitalisierung ihres privaten Seezugangs gesorgt hätten. Unter allen Umständen sei bei den Projekten wichtig, dass Kosten und Nutzen im richtigen Verhältnis stehen, betont der Regierungsrat. Zudem müsse die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner stets gewährleistet sein.